

Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Frage der Bonität

Nach der Abstufung von neun Euro-Ländern durch S&P weisen nur noch Deutschland, die Niederlande, Finnland und Luxemburg die Bestnote Triple A auf. Auch die Bonität des Rettungsschirms EFSF ist mittlerweile herabgesetzt worden. Statt sich mit den Ursachen dieses Downgradings zu befassen, ergehen sich Brüsseler Eurokraten in abenteuerlichen Verschwörungstheorien. Der Frust und der wachsende Zorn in der Bevölkerung sollen so auf die Rating-Agenturen abgelenkt werden. Der Bundesfinanzminister meint, man habe nicht begriffen, „was wir in Europa schon auf den Weg gebracht haben“. Und der Regierungssprecher sieht „keinerlei Handlungsbedarf“, weil der neue, dauerhafte Rettungsschirm ESM vorgezogen werde und robuster aufgebaut sei. Tatsache ist, dass die Verhandlungen über einen Fiskalpakt seit dem letzten Rettungsgipfel im Dezember stocken. Vor allem Italien drängt auf eine Verwässerung der Reformpläne, was selbst die EZB zu einer Warnung vor der Aufweichung der Schuldenreduzierung veranlasst hat. Die „Wirtschaftswoche“ kommentiert: „Europa, das ist die bittere Wahrheit, ist zum großen Teil überschuldet. Die Staatsdefizite steigen unaufhaltsam weiter an, in Italien und Spanien, in Frankreich und Griechenland. Die Hellenen beispielsweise sind auch nach 18 Monaten Dauer-Hilfe ein hoffnungsloser Fall.“

Italienische Momente

Unverhohlen fordert der italienische Ministerpräsident direk-

te Schuldenhilfe von der Bundesregierung. Es liege im Interesse Deutschlands, dabei zu helfen, dass die Belastungen für sein Land und andere hoch verschuldete Euro-Staaten bei der Schuldenfinanzierung niedriger ausfielen als derzeit. Deutschland müsse mehr tun, um die Zinskosten für Italien zu senken. Anderenfalls werde es in seinem Land eine „kräftige Gegenreaktion an antieuropäischer Stimmung“ geben, drohte Monti. „Trotz seiner Opfer“ erfahre Italien von der EU kein Entgegenkommen. Und er bezeichnete gemeinsame „Staatsanleihen der Euro-Zone als gute Möglichkeit, nervöse Investoren zu beruhigen“. Die Dreistigkeit dieses politischen Erpressungsversuchs verschlägt einem die Sprache.

Währungskrieg?

Ein Europa-Abgeordneter der CDU hat sich zu der Behauptung verstiegen, die US-Regierung bereite mit Hilfe von S&P einen „Währungskrieg“ gegen Europa vor. Jörg Asmussen, seit kurzem Mitglied im EZB-Direktorium, merkt dazu an: „Dieser Gedanke geht in Richtung einer Verschwörungstheorie und davon halte ich nichts. Im Übrigen lassen sich solche Vermutungen schon leicht durch den Hinweis entkräften, dass die USA selbst im vergangenen Jahr von einer amerikanischen Ratingagentur herabgestuft wurden.“

Fiskalpakt

Als „Mogelpackung“ hat die FAZ den angestrebten Fiskalpakt bezeichnet. Er sei nach dem Urteil renommierter Europa-Juristen

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße“, die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Dietrich W. Thielenhaus

überflüssig und in Teilen rechtswidrig. Der Fiskalpakt-Vertrag gehe denselben Weg wie der (gescheiterte) Stabilitätspakt. Das Blatt weiter: „Die Staaten machen die Haushaltskontrolle unter sich aus, nach dem Motto ‚Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus‘. Für den dauerhaften Schuldenabbau bedeutet das nichts Gutes. Das lässt sich auch ohne die Expertise einer Ratingagentur erkennen.“

Nicht um jeden Preis ...

Als erster Lenker eines DAX-Konzerns hat Wolfgang Reitzle (Linde AG) die Probleme und Risiken des Euro öffentlich und unverblümt beim Namen genannt. Die Gemeinschaftswährung müsse nicht um jeden Preis gerettet werden. Wenn die EZB immer wieder eingreife, lasse der Reformwille in den Krisenländern nach. Wenn es nicht gelinge, diese Länder zu disziplinieren, müsse Deutschland aus dem Euro-Raum austreten. Die daraus resultierenden Folgen in Form von Aufwertung und Exportbelastung könne die deutsche Wirtschaft in einigen Jahren überwinden. Reitzle wörtlich: „Schon fünf Jahre später könnte Deutschland im Vergleich zu den asiatischen Wettbewerbern noch stärker dastehen.“ Und er verwies auf die wachsenden Ungleichgewichte im Zahlungsverkehr der Notenbanken (Target 2 Salden). Im EZB-System würden die Han-

delsbilanzdefizite der Krisenländer von der Bundesbank mit einem derzeitigen Volumen von 550 Mrd. Euro garantiert. Im selten gewordenen Klartext stellt der Top-Manager fest: „Damit finanzieren wir deutsche Automobile und Werkzeugmaschinen, die nach Spanien oder Italien geliefert werden, im Prinzip selbst.“

Damokles-Schwert

Der Jahreswirtschaftsbericht 2012 der Bundesregierung erinnert an das Pfeifen im dunklen Walde. Bei allem Verständnis für die prinzipiell richtige psychologische Stabilisierung überwiegt das Prinzip Hoffnung. Nach einer „temporären konjunkturellen Schwächeperiode“ werde Deutschland im Jahresverlauf wieder zu einem höheren Wachstum zurückfinden. Nach 3% Wachstum im Jahr 2011 erwartet die Bundesregierung für 2012 ein Plus von 0,75%. Außerdem sei ein Beschäftigungsrekord von 41,3 Mio. Menschen möglich. Die Neuverschuldung soll auf etwa 1% gesenkt werden, von Schuldenabbau ist also nach wie vor keine Rede. Deutschland sei „Stabilitätsanker in Europa“. Über all dem schwebt allerdings das Damokles-Schwert der Euro-Krise. Der Jahreswirtschaftsbericht merkt dazu an: „Eine Verschärfung der Schuldenkrise stellt zweifellos das Hauptrisiko für die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2012 dar.“ Same procedure as last year.